

Hans-Werner Frohn,  
Jürgen Rosebrock (Hrsg.)

**DBU**   
Deutsche  
Bundesstiftung Umwelt

## Herausforderungen für die Umweltkommunikation

Der Deutsche Naturschutzring, die Naturschutz-  
verwaltungen und der Wandel der Protestkultur

*DBU-Umweltkommunikation / Band 12*



Hans-Werner Frohn, Jürgen Rosebrock (Hrsg.)  
**Herausforderungen für die Umweltkommunikation**  
Der Deutsche Naturschutzring, die Naturschutzverwaltungen  
und der Wandel der Protestkultur

ISBN 978-3-96238-100-4  
228 Seiten, 16,5 x 23,5 cm, 35,- Euro  
oekom verlag, München 2018

©oekom verlag 2018

[www.oekom.de](http://www.oekom.de)

## Der Kitt des Dagegen – digitale Demokratie und internet-gestützter Protest als Herausforderung für den Natur- und Umweltschutz

### 1 Einleitung

Die Demokratie ist eine Regierungsform ständigen institutionellen Wandels. So ist es eigentlich nicht verwunderlich und entspricht den Funktionsgrundsätzen demokratischer Politik, dass wir auch in unserer Zeit von einem Formwandel der Demokratie sprechen können. Allerdings werden die in den letzten Jahren beobachtbaren Veränderungen oft als Indizien für eine »Krise der Demokratie« gewertet, sowohl in der Wissenschaft als auch in der öffentlichen Debatte. Speziell ist von einer »Krise der Repräsentation«<sup>1</sup> und von einer »Vertrauenskrise«<sup>2</sup> die Rede.

Zwei Wandlungsprozesse sind in diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben: Beobachtbar ist zum einen eine Abkehr von den klassischen intermediären Organisationen, also von Parteien und Verbänden, die mit einer Hinwendung zu protestförmiger Partizipation einhergeht.<sup>3</sup> Das Dagegen spielt heute eine größere Rolle als das Dafür. Der zweite Prozess wird als Digitalisierung politischer Öffentlichkeit bezeichnet. Die Relevanz von Protestbewegungen dürfte damit zusammenhängen.<sup>4</sup> Der Digitalisierungsprozess erscheint so umfassend, dass eine deutsche Partei, nämlich die FDP, daraus im Jahr 2017 einen Wahlkampfstrategie machen konnte, ohne inhaltlich konkret werden zu müssen.

Der vorliegende Beitrag thematisiert die Probleme und Perspektiven, die sich aus der Digitalisierung politischen Protests ergeben – speziell im Hinblick auf das Politikfeld des Natur- und Umweltschutzes. Man könnte natürlich Einzelbeispiele anführen, also Fälle beschreiben, in denen die Mobilisierungsfunktion »des Internets« dem Umweltschutz wahlweise genützt oder der Durchsetzung von Umweltanliegen geschadet hat. Die hier gewählte Herangehensweise unterscheidet sich jedoch von diesem rein induktiven Vorgehen. Der Aufsatz bemüht sich um einen theoriegeleiteten und systematischen Blick.

---

1 Vgl. Linden & Thaa 2011.

2 Vgl. Rosanvallon 2017.

3 Vgl. Urbinati 2015.

4 Kritisch dazu de Saint Victor 2015.

Der Hauptteil des Beitrags ist in drei Abschnitte unterteilt. (1) Zunächst werden Theorien der digitalen Demokratie thematisiert, also die Hoffnungen, die mit dem Aufkommen des Internets und der digitalen Vernetzung verbunden wurden und werden. (2) Anschließend werden diese Ansprüche an der Wirklichkeit, speziell in der Bundesrepublik Deutschland, gemessen. Was hat sich erfüllt und was erwies sich als illusorisch? (3) Abschließend wird der Frage nachgegangen, was das Ganze für den Natur- und Umweltschutz bedeuten könnte. Das Feld ist in Bezug auf diese Fragestellung kaum erforscht. Aber manches zeichnet sich ab.

## 2 Theorien der digitalen Demokratie

Theorien der digitalen Demokratie sind außerordentlich heterogen und oft auch unbestimmt. Häufig ist von einem epochalen Wandel demokratischer Kommunikation oder einem neuen Zeitalter der elektronischen Partizipation die Rede, ohne dass es den Autorinnen und Autoren gelingt, über wohlformulierte Worthülsen hinaus theoretische Annahmen zu formulieren, die grundsätzlich über bekannte Demokratietheorien hinausreichen. Als gemeinsamer Nenner bleibt dann nur das Faktum der Möglichkeit beschleunigter, Grenzen überwindender, interaktiver Vernetzung.

Ein Beispiel für dieses Ineinandergehen von gutem Klang, konstatiertem Fundamentalwandel und relativer Unbestimmtheit im Rahmen von Zeitdiagnosen zur digitalen Demokratie bildet die Sichtweise des Unternehmensberaters und Organisationspsychologen Peter Kruse. Das Video seiner Stellungnahme vor der Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft« im Jahr 2010 genießt in der sogenannten »Netzgemeinde« Kultstatus.<sup>5</sup> Kruse konstatiert eine durch das Internet bewirkte »grundlegende Machtverschiebung vom Anbieter zum Nachfrager«. Er argumentiert, dass die Steigerung von »Vernetzungsdichte«, »Spontanaktivität« (Netzpartizipation) und »kreisenden Erregungen im Netzwerk« (das Teilen von Inhalten) zu einer, wie er sagt, »Selbstaufschaukelung der Systeme« führe. Die Folge sei ein »extrem starker Bürger«, auf den man empathisch reagieren müsse. Dass es neben der Netzbeteiligung auch andere Formen der politischen Partizipation gibt, etwa die Teilnahme an Wahlen, würde die hier idealtypisch dargebotene These von der Internetrevolution nur abschwächen – und wird deshalb von Kruse nicht erwähnt. Der systemtheoretische Blick verliert sich spätestens dann im Nebulösen, wenn es um die konkreten Auswirkungen auf das Verhältnis von Bürger, Politik und Öffentlichkeit geht.

Um das theoretische Feld zu ordnen und auf gehaltvoll(er)e Sichtweisen hin abzuklopfen, werden im Folgenden drei Ideen digitaler Demokratie unterschieden. Darunter

<sup>5</sup> Vgl. zum Folgenden Deutscher Bundestag 2010: 16 f. sowie den Videomitschnitt, abrufbar unter [https://www.youtube.com/watch?v=e\\_94-CH6h-o](https://www.youtube.com/watch?v=e_94-CH6h-o) [09.10.2015]. Kruses Kurzstatement wurde auch von der Printpresse aufgegriffen und im Nachhinein als visionär dargestellt (vgl. Tramitz 2014).

sind drei Ansprüche zu verstehen, die unterschiedlich weit reichen. Erstaunlich ist, dass diese Ideen oft älter sind als das Internet. Die Theorie kam vor der Technik.

(1) Der erste normative Anspruch, der mit der digitalen Demokratie verbunden wird, besteht in der Steigerung von Informiertheit und bürgerschaftlicher Partizipation durch neue Technologien. Dafür stehen heute etwa Online-Diskussionen von Vorschlägen, etwa bei kommunalen Bürgerhaushalten, aber auch die bloße Nutzung digital bereitgestellter Informationen.

Den Wert digitaler Informationsbereitstellung und Partizipation hat unter anderem Benjamin Barber herausgestellt. In seinem Buch »Strong Democracy« aus dem Jahr 1984, neben Alexis de Toquevilles (1835/1840) »Über die Demokratie in Amerika«<sup>6</sup> das wohl einfluss- und geistreichste Werk der partizipatorischen Demokratietheorie, spielten moderne Telekommunikationsmittel eine bedeutende Rolle.<sup>7</sup> Barber entwarf die Idee eines landesweiten Bildschirmtextes, der politische Bildung und gleichen Zugang zu Informationen gewährleisten sollte. Er wollte eine nationale Kommunikationsagentur gründen, die Online-Debatten durchführt. Das sollte vor allem die Urteilsfähigkeit der Bürger verbessern – nicht zuletzt um allgemeine Interessen durchzusetzen, also zum Beispiel Umweltanliegen. Er schreibt: »But for strong democracy public talk and political judgement are the goal, not plebiscitary willfulness.«<sup>8</sup>

Später hat sich Barber auch mit dem Internet auseinandergesetzt. Im Jahr 2002 kam er zu einem kritischen Urteil. Das vorwiegend »kommerziell bestimmt[e]«<sup>9</sup> Internet befördere die privatisierte Nichtöffentlichkeit. Barber schreibt: »Es gibt keinen privateren Raum als den virtuellen. Plebiszite, die mit der Absicht veranstaltet werden, die Herrschaft von Tyrannen zu bestätigen, funktionieren besonders gut, wenn die Bürger voneinander getrennt werden können; aber eine nachdenkliche Demokratie verlangt, daß die Bürger öffentlich abstimmen und gewillt sind, ihre Position in einer öffentlichen Versammlung zu verteidigen.«<sup>10</sup> Für Barber führt das Internet zur Zersplitterung und Hyperindividualisierung. Außerdem werde durch die ungefilterte Kommunikation der Populismus gefördert. Er schreibt: »Aussprache braucht traditionell das Eingreifen von Vermittlern, Führern, Moderatoren und Lehrern. Sich selbst überlassen, wird das Gespräch schnell zum Gebabbel und werden planlos redende Leute zum Pöbel.«<sup>11</sup>

Analog dazu konstatierte Cass R. Sunstein, das Internet befördere »deliberative Enklaven«. In diesen virtuellen Räumen gedeihen zwar marginalisierte Ansichten, deren

6 Toqueville 1835/1840.

7 Vgl. Barber 1984: 261–311, v. a. 307.

8 Barber 1984: 288.

9 Barber 2002: 82.

10 Barber 2002: 86.

11 Barber 2002: 90.

Anbindung an die öffentliche Debatte werde jedoch gleichzeitig erschwert.<sup>12</sup> Politisch interessierte Menschen informierten und unterhielten sich vermehrt in digitalen Nischenräumen, in denen eigene Vorurteile und Meinungen durch den Austausch mit Gleichgesinnten lediglich verstärkt würden. Die digitale Demokratie steht demnach der Urteilsbefähigung und der umfassenden Perspektivenberücksichtigung, die Barber noch 1984 mit der modernen Telekommunikation stärken wollte, entgegen, wohingegen Minderheitenansichten im kleinen Umfeld einstellunggleicher Digitalgruppen stets Bestätigung fänden. Nicht umsonst hat sich Sunstein später unter anderem mit Verschwörungstheorien beschäftigt.<sup>13</sup>

Gleichwohl werden weiterhin auch positive Bewertungen eines durch digitale Kommunikation und Information geprägten politischen Partizipationsverhaltens vorgebracht. So führe etwa die Lektüre von Blogs keineswegs zur digitalen Isolation, sondern wirke sich vielmehr positiv auf das politische Interesse, die Offline-Partizipation und den Stellenwert der politischen »Face-To-Face-Debatte« aus.<sup>14</sup> Auf einer grundsätzlicheren Ebene argumentiert Manuel Castells, dass sich die Bedingungen für die Durchsetzung nicht-elitendeterminierter, zivilgesellschaftlicher Ansprüche durch die neue Öffentlichkeit des Internets verbessert hätten: »[I]t is plausible to think that the capacity of social actors to set up autonomously their political agenda is greater in the networks of mass self-communication than in the corporate world of the mass media. While the old struggle for social domination and counter-domination continues in the new media space, the structural bias of this space toward the powers that be is being diminished every day by the new social practices of communication«.<sup>15</sup>

(2) Der zweite normative Anspruch, der in der politischen Theorie mit der digitalen Demokratie und Öffentlichkeit verbunden wird, besagt, dass die neuen Vernetzungsmöglichkeiten das kollektive politische Handeln von Bürgerinnen beziehungsweise Bürgern und ihren Zusammenschluss zu politischen Gruppen fördern. Dadurch, so die Hoffnung, könne sich demokratische Widerständigkeit gegen asymmetrische Machtstrukturen entfalten. Benachteiligte Interessen und unterrepräsentierte Ansichten hätten nunmehr bessere Chancen, Öffentlichkeit und Gehör zu finden.

Lance Bennett und Alexandra Segerberg haben 2012 für die Entstehung kollektiven politischen Handelns im Internet den Begriff »connective action« geprägt. Sie sprechen auch von »digitally network action (DNA)«.<sup>16</sup> Im Gegensatz zum klassischen kollektiven Handeln, das durch die Rolle von Organisationen und deshalb durch die seit

12 Vgl. Sunstein 2007: 76–80.

13 Sunstein 2014.

14 So de Zúñiga et al. 2010.

15 Castells 2007: 257 f.

16 Bennett & Segerberg 2012: 743.

Mancur Olson (1968)<sup>17</sup> bekannten Disparitäten des Pluralismus geprägt sei, gestalte sich »connective action« als Handlungstyp, dessen Mobilisierungsfähigkeit aus der Kommunikation in digitalen sozialen Netzwerken resultiere. Ebenso wie kollektives Handeln kann laut Bennett und Segerberg zwar auch konnektives Handeln (also das spontan-gemeinschaftliche Handeln auf der Basis themenspezifischer und grenzüberschreitender Vernetzung) scheitern. Allerdings folge konnektives Handeln einer eigenen Logik, die durch den Vorgang des »Teilens« von Inhalten und politischen Botschaften geprägt sei. Bennett und Segerberg argumentieren, dass dadurch der bekannte Mechanismus der Machtungleichheit zwischen kleinen und ökonomisch ressourcenstarken Gruppen auf der einen Seite und großen heterogenen Gruppen auf der anderen Seite tendenziell unterlaufen werde. In Bezug auf die längerfristigen Erfolgsaussichten konnektiven Handelns greifen dann aber auch Bennett und Segerberg auf eine bekannte, ganz und gar nicht konstruktivistische Argumentation zurück: Eine stabile Koordination unter den beteiligten Organisationen begünstige den politischen Einfluss von digital operierenden Netzwerken.<sup>18</sup> Organisation ist demzufolge eine Voraussetzung, um zum Beispiel Umweltinteressen nachhaltig gegen Industrieinteressen durchzusetzen.

Ähnlich argumentieren Ulrich Dolata und Jan-Felix Schrape. Für sie kann die neue Technik das kollektive Handeln und die Herausbildung von politischen Bewegungen nur begünstigen, aber keineswegs eigenständige Strukturierungsleistungen für politische Identitäten erbringen.<sup>19</sup> Jürgen Habermas ist noch skeptischer. Er glaubt, dass die demokratiefördernde Wirkung des Internets auf Diktaturen beschränkt bleibt. Im Netz rege sich vielleicht Protest, werde aber keine positive Agenda formuliert, die über die Einforderung liberaler Rechte hinausgehe. Habermas schreibt: »[D]ie computergestützte Kommunikation [kann] unzweideutige demokratische Verdienste nur für einen speziellen Kontext beanspruchen: Sie unterminiert die Zensur autoritärer Regime, die versuchen, spontane öffentliche Meinungen zu kontrollieren und zu unterdrücken.«<sup>20</sup>

(3) Der dritte normative Anspruch, der mit der digitalen Demokratie verbunden wird, ist noch weitreichender als die beiden bisher genannten (also die Verbesserung von Information, Partizipation und allgemeiner Urteilsfähigkeit sowie die Demokratisierung durch konnektiv strukturierte Netzbewegungen). Manche erhoffen sich von den Möglichkeiten der digitalen Demokratie eine umfassende Rationalisierung des politischen Prozesses, hin zu allgemein zustimmungsfähigen und besten Ergebnissen. Das Programm wird etwa unter der Chiffre »liquid democracy« postuliert. Es entspricht in seinen Grundgedanken den

---

<sup>17</sup> Olson 1968.

<sup>18</sup> Vgl. Bennett & Segerberg 2012: 761.

<sup>19</sup> Dolata & Schrape 2014: 26.

<sup>20</sup> Habermas 2008: 110.

Zielen der deliberativ-rationalen Demokratietheorie von Jürgen Habermas.<sup>21</sup> Wie gesehen ist Habermas aber skeptisch. Schon in seiner wegweisenden, 1962 erschienenen Habilitationsschrift »Strukturwandel der Öffentlichkeit« hatte er Probleme mit der Vereinbarkeit von egalitären Massenbewegungen und dem für ihn zentralen Politikziel der prozedural generierten »Wahrheit«.<sup>22</sup> Das Internet führt laut Habermas in Demokratien tendenziell zu einer Aufsplitterung von Teilöffentlichkeiten ohne Bezug zu übergreifenden Konfliktlinien. Pointiert stellt er fest: Das »Publikum zerfällt im virtuellen Raum in eine riesige Anzahl von zersplitterten, durch Spezialinteressen zusammengehaltenen Zufallsgruppen. [...] Vorerst fehlen im virtuellen Raum die funktionalen Äquivalente für die Öffentlichkeitsstrukturen, die die dezentralisierten Botschaften wieder auffangen, selektieren und in redigierter Form synthetisieren«.<sup>23</sup>

Sucht man nach einer ideengeschichtlichen Fundierung des Rationalitätsanspruchs digitaler Demokratie, so wird man trotzdem in Deutschland fündig. Das Buch heißt *Computerdemokratie*, wurde von dem Soziologen und Systemanalytiker Helmut Krauch geschrieben und stammt bereits aus dem Jahr 1972. Es ist heute zu Unrecht vergessen, denn Krauchs Entwurf bringt das auf den Punkt, was die temporär auf Länderebene erfolgreiche Piratenpartei oder der Verein »liquid democracy« (Betreiber des Beteiligungstools »Adhocracy«)<sup>24</sup> postulieren. Krauchs Krisendiagnose der repräsentativen Demokratie im Jahr 1972 soll hier nicht weiter erläutert werden. Es sei lediglich darauf verwiesen, dass sie Ähnlichkeiten mit der »Postdemokratie«-These von Colin Crouch<sup>25</sup> aufweist, die heute (nicht zuletzt aufgrund des gut gewählten Begriffs) als Referenzmaßstab kritischer Demokratietheorie gilt. Demnach sind zwar demokratische Verfahren vorhanden, aber von einer wirklichen Demokratie im Sinne einer Regierung des Volkes kann aufgrund vielfältiger Machtungleichheiten nicht (mehr) gesprochen werden. Colin Crouch setzt zur

---

21 Habermas 1981a; 1981b; 1994.

22 Vgl. Habermas 1962.

23 Habermas 2008: 111

24 Das Programm wurde etwa im Rahmen der Bürgerpartizipation bei den Beratungsprozessen der Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft« des Deutschen Bundestags eingesetzt. Trotz des partizipatorischen Ansatzes spielt dabei die Verbindung von Politik und Wissen eine große Rolle, etwa wenn Bürger ihre Stimme themenspezifisch an Experten abgeben können, sodass vermeintlich »beste« Ergebnisse zustande kommen. Ein Geschäftsführer des Vereins »liquid democracy« bringt dieses expertokratisch-rationalitätsfixierte Demokratieverständnis folgendermaßen auf den Punkt: »Es könnten jene Menschen, die in der jeweiligen Sachfrage sehr kompetent sind und ein sehr spezifisches Wissen haben, statt der Abgeordneten abstimmen und die Bevölkerung – also der Souverän, wir – könnte für jede Sachfrage einzeln entscheiden. [...] Schlussendlich ist, denke ich, eine Kernherausforderung, dass wir am Ende zu verbindlichen Verfahren kommen müssen, die wirklich ermöglichen, dass Ergebnisse da sind, auf die wir uns dann auch alle stützen können und die den demokratischen Prozess weiterbringen« (Ritter 2017: 36, 38). Anhaltende Meinungsverschiedenheiten im Parlament gehörten damit wohl ebenso der Vergangenheit an wie die Grundsätze der politischen Verantwortlichkeit, Zurechenbarkeit und Abwählbarkeit.

25 Crouch 2008.

Lösung wahlweise auf Protestbewegungen<sup>26</sup> oder aufgeklärte Führer à la »Obama«.<sup>27</sup> Helmut Krauch empfahl hingegen die Technik.

Im Zentrum seines Buches stand ein Computersystem namens ORAKEL, das er selbst mitentwickelt hatte und das unter anderem im deutschen Fernsehen getestet wurde. ORAKEL steht für die »Organisierte Repräsentative Artikulation Kritischer Entwicklungslücken«.<sup>28</sup> Per Telefon sollte das Publikum Stellungnahmen zu Fernsehdebatten zwischen Politikern, Interessenvertretern und Sachverständigen abgeben. Diese Eingaben würden dann in Echtzeit durch ein Lochkartensystem geordnet und der Debatte zugefügt. Krauchs Hoffnung bestand darin, dass dadurch Interessen gleich berücksichtigt werden könnten. Außerdem erhoffte er sich eine Rationalisierung der Debatte in Bezug auf die Identifikation geteilter Interessen, rationale Zukunftsplanung sowie effiziente Problemlösung. Die Computerdemokratie sei zukunftsweisend, so Krauch, insbesondere wenn die folgende technische Neuerung eingeführt werde: durch Bildtelefone vernetzte dezentrale politische Kommunikationssysteme. Er schreibt: »Zu Ende geführt wäre dieser Prozeß erst dann, wenn die Macht über die Ausbreitung neuen Wissens und die Gestaltung neuer Technik von der ganzen Bevölkerung ausgeübt würde«.<sup>29</sup> Krauchs Computerdemokratie beschrieb somit die demokratisierende Kraft des Internets als Zukunftsvision und Heilserwartung.

### 3 Die Wirklichkeit der digitalen Demokratie

Betrachtet man vor diesem theoretischen Hintergrund die empirische Realität, so lässt sich, wenn der dritte normative Anspruch, also die idealistische Rationalisierungserwartung, angelegt wird, die Idee der digitalen Demokratie leicht entmystifizieren. Die Vermachtungsmöglichkeiten bei Online-Beteiligungsverfahren sind viel zu offensichtlich. Oft hat die initiiierende Instanz, zum Beispiel das jeweilige Ministerium, die Kontrolle, denn es stellt ja die Fragen.<sup>30</sup> Es ist auch nicht bekannt, dass durch Onlineverfahren ein allgemeiner Konsens über die Lösung politischer Streitfragen erzielt werden konnte, vielleicht abgesehen von der Benennung eines Freibads in Schwäbisch Gmünd, das seit 2011 Bud-Spencer-Bad heißt.<sup>31</sup> Letztlich scheitert Helmut Krauchs Anspruch von der umfassenden Rationalisierung der Demokratie nicht an der Methode, also der digitalen Beteiligung, sondern an der Pluralität des Politischen selbst. Interessen- und Wertunterschiede in der Demokratie

26 Vgl. Crouch 2008: 155–157.

27 Crouch 2009.

28 Krauch 1972: 54.

29 Krauch 1972: 38.

30 Z. B. beim Beteiligungsverfahren des Bundesverkehrsministeriums zur Reform der Verkehrs-sünderkartei; vgl. Rauser 2012.

31 Vgl. Schütte 2016.



können nur gemäßigt, nicht jedoch aufgehoben werden. Ihre Existenz ist letztlich funktional für den demokratischen Prozess. Von Aristoteles in der Antike bis Ernst Fraenkel, dem großen Theoretiker des bundesdeutschen Pluralismus, lässt sich diese Kritik an identitärdemokratischen Ansätzen rousseauistischer Tradition (grundlegend Rousseau 1762) und expertokratischen Entwürfen, die in der Tradition der platonischen Philosophenherrschaft stehen), nachzeichnen.<sup>32</sup> Es wäre also gewissermaßen unfair gegenüber der digitalen Demokratie, sie primär anhand des Rationalitätsideals zu bewerten. Jede Form der Ungleichheit und jedes Aufbrausen populistischer Stimmung könnte, aufgehübscht mit etwas Kulturkritik, gegen die Onlinepartizipation vorgebracht werden.

Im Folgenden wird es deshalb um die beiden anderen skizzierten Ansprüche gehen: die Steigerung demokratischer Information und Partizipation sowie die Funktion der Generierung demokratischer Bewegungen im Sinne von »connective action«. Hier gibt es interessante, die politische Öffentlichkeit im Allgemeinen betreffende Auswirkungen der Digitalisierung. Die These, erst einmal noch ohne Bezug zum Kollektivgut Umwelt und seiner Repräsentation, lautet: Mitbewirkt durch das »Netz« und die darin betriebenen sogenannten »Alternativen Medien« werden politisch interessierte Menschen heute vermehrt aus dem politischen System hinaussozialisiert. Da sich hier oft lediglich eine diffuse Ablehnungshaltung breitmacht, wird die Herausbildung konstruktiver politischer Bewegungen von Einfluss eher behindert. Neben dem bloßen »Clicktivismus« und der Simulation von Demokratie<sup>33</sup> – beides bezeichnet ein Partizipationsverhalten, das primär um seiner selbst willen betrieben wird – ist die kollektive Ablehnung von Allem eine bedeutende Tendenz des politischen Handelns der sogenannten »Schwarmintelligenz«.

Diese These lässt sich nicht rein quantitativ begründen. Einige Befunde der empirischen Sozialforschung sollen dennoch aufgeführt werden, um zu zeigen, wie sich die politische Partizipation durch das Internet verändert hat:

Noch 2004 gab eine Mehrheit der Befragten in Deutschland an, das Internet nie zu nutzen (51,9 %) <sup>34</sup>. Im Jahr 2014 erklärten dann 79,1 % der Befragten, das Internet zumindest gelegentlich zu nutzen.<sup>35</sup> Damit ist natürlich auch die Zahl derjenigen gestiegen, die politische Informationen über das Internet abrufen. Die Informationssuche wird von Befragten als häufigste Nutzungsart des Internets angegeben.<sup>36</sup> Allerdings ist immer noch das Fernsehen die mit weitem Abstand wichtigste Nachrichtenquelle der Deutschen, dahinter rangieren Radiosendungen und gedruckte Zeitungen. Lediglich zwischen 20 % und 23 % der Befragten gaben an, in den letzten Wochen Soziale Netzwerke und andere

32 Aristoteles 1998; Fraenkel 1991; Rousseau 1762; Platon 1958.

33 Blühdorn 2013.

34 Vgl. ALLBUS 1980–2012: 791.

35 Vgl. Eimeren & Frees 2014: 38.

36 Vgl. Eimeren & Frees 2014: 387.

Onlineangebote als Nachrichtenquelle benutzt zu haben.<sup>37</sup> Wenig überraschend ist, dass der Anteil der Internetnutzer in jungen Kohorten wesentlich höher liegt als bei älteren Menschen.<sup>38</sup> Bei den Netzinhalten spielen Videoportale, insbesondere YouTube, eine sehr große Rolle. Außerdem nutzte etwa die Hälfte der Deutschen soziale Netzwerke, während Blogs im Jahr 2014 nur von 17 % der Befragten frequentiert wurden.<sup>39</sup> 19 % der Deutschen bezeichnen das Internet als ihre Hauptnachrichtenquelle. Im internationalen Vergleich ist das wenig.<sup>40</sup>

Recht klein ist der Anteil derjenigen, die das Netz über die Informationsbeschaffung hinaus nutzen, um politisch zu partizipieren. Die Beteiligungszahlen bei Onlinekonsultationen sind minimal. Laut einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach waren im Jahr 2011 71 % der Befragten in Deutschland im Netz politisch inaktiv, 19 % begrenzt aktiv und nur 10 % konnten als »Political Net Activists« bezeichnet werden.<sup>41</sup> Diese Werte waren niedriger als etwa in den USA, wo die Onlinepartizipation ausgeprägter ist.<sup>42</sup> Die viel diskutierte digitale Spaltung verläuft dabei in weiten Teilen parallel zu den sonstigen Ergebnissen der politischen Partizipationsforschung.<sup>43</sup> Für die Einschätzung politischer Partizipation gilt dabei vor allem die folgende Faustregel als Orientierungshilfe: Je anspruchsvoller eine Partizipationsform ist, desto eher wird sie von sozial starken Gruppen, also vergleichsweise gebildeten und ökonomisch potenten Menschen, dominiert.

Trotz dieser eher relativierenden Zahlen vollzieht sich natürlich ein Wandel, und Onlinemedien sind keineswegs bedeutungslos. Dass so viele Bürger ihre politische Information über das Fernsehen beziehen, heißt ja nicht, dass sie diesem Medium auch trauen. Das Misstrauen ins Mediensystem ist in Deutschland erheblich gestiegen. Speziell die Berichterstattung zum Ukraine-Konflikt und zur Flüchtlingskrise wurde als zu einseitig kritisiert.<sup>44</sup> Das Vertrauen in die etablierten Nachrichtenmedien ist gesunken und mit der AfD konnte auch in Deutschland eine rechtspopulistische (mittlerweile in weiten Teilen offen rechtsradikale) Partei, die sich den »Lügenpresse«-Vorwurf zu eigen macht, ins nationale Parlament einziehen.

Parallel zu dieser Entwicklung gewannen sogenannte »Alternative Medien« im Internet an Resonanz.<sup>45</sup> Hierbei handelt es sich nicht nur um Blogs oder Social-Media-Gruppen, sondern vermehrt um Youtube-Kanäle, also um alternatives Fernsehen von sogenannten

---

37 Vgl. Hölzig & Hasebrinck 2014: 532.

38 Vgl. Eimeren & Frees 2014: 380.

39 Vgl. Eimeren & Frees 2014: 388.

40 Hölzig & Hasebrinck 2014: 53.

41 Vgl. Köcher & Bruttel 2011: 43.

42 Vgl. DIVSI 2014: 20 f.

43 Vgl. DIVSI 2014: 24-26.

44 Vgl. z. B. Infratest Dimap 2014.

45 Dazu Linden 2014; 2015a u. 2015b sowie Storz 2015.

alternativen Filmemachern. Sie heißen querdenkenTV, NuovisoTV, KenFM, Wissensmanufaktur oder CompactTV. Die Klickzahlen pro Sendung liegen im fünf- und sechsstelligen Bereich. Es fällt auf, dass es sich bei diesen alternativen Medien nicht um hierarchielose Medien handelt. Einzelne Personen bestimmen die Agenda, etwa der frühere Linke und heutige Rechtspopulist Jürgen Elsässer (Compact), der ehemalige Radiomoderator Ken Jebsen (KenFM) oder der ehemalige Fernsehmitarbeiter Frank Höfer (Nuoviso). Präsentiert werden dann vor allem lange Interviews und Vorträge mit einem illustren Personenkreis, bestehend vor allem aus selbsternannten Experten sowie ehemaligen Politikern und Medienschaffenden, die dem »Mainstream« den Rücken gekehrt haben. Die Gemeinsamkeiten der Portale bestehen darin, dass politische Verschwörungstheorien propagiert werden, dass man den Westen für imperialistisch hält, gegenüber Russland eine wohlwollende Position einnimmt, zu jedem politischen Vorgang angebliches Geheimwissen präsentiert, den Kapitalismus eher ablehnt, die Bürgerschaft als unterdrücktes Kollektiv darstellt und die Medienlandschaft als gleichgeschaltetes Kartell ansieht.

Im letzten Punkt, der Rhetorik gegen die angebliche »Mainstreampresse«, liegt das eigentlich verbindende Element alternativer Medien. Hier manifestiert sich ein Identitätskern, mit dem die Berechtigung der Formate untermauert wird. Die Widerständigkeit gegen asymmetrische Machtstrukturen wird zwar in der Theorie als Vorteil des Internets beschrieben. In der Praxis handelt es sich dann aber oft um Portale, die alleine diese Widerständigkeit auszeichnet. Sie wird als absolute Konfliktlinie zwischen Politik und Medien auf der einen sowie Bürgerinnen beziehungsweise Bürgern und Wahrheit auf der anderen Seite präsentiert. Die Propagierung des für den Populismus stilbildenden Gegensatzes von »dem Volk« und »der Elite«<sup>46</sup> wird auch und vor allem im Netz betrieben. Es handelt sich dann tatsächlich um ein Nischensystem aus Teilöffentlichkeiten, die nur der Protest eint.

Am Fallbeispiel »alternative Medien« sieht man, dass die politische Information durch netzspezifische Medien häufig hin zu den politischen Rändern und zur Ablehnung des »Systems« an sich tendiert. Neben den zahlreichen Netzaktivisten, die vor allem Internetthemen vertreten, lässt sich in den Totalablehnern eine spezifische Gruppe von digitaldemokratisch sozialisierten Bürgern ausmachen. Konnektives Handeln bleibt hier zumeist auf kollektive Ablehnung beschränkt. Der französische Historiker Pierre Rosanvallon hat für die derzeitige Konstellation politischer Öffentlichkeit den Begriff der »Gegen-Demokratie« geprägt, sieht darin aber etwas potenziell Konstruktives, da die repräsentativen Institutionen nunmehr einer ständigen Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger ausgesetzt seien.<sup>47</sup> Tatsächlich stellt sich der digital-alternativmediale Teil politischer Öffentlichkeit aber als ein Bereich dar, in dem der Widerspruch gegen die Elite oft zum Selbstzweck geworden ist.

<sup>46</sup> Vgl. Mudde 2004.

<sup>47</sup> Rosanvallon 2017.

## 4 Auswirkungen auf die Vermittlung von Umweltinteressen

Die skizzierte Entwicklung hat Konsequenzen, auch für Anliegen des Umwelt- und Naturschutzes. Denn diese Anliegen werden im Rahmen alternativer Medienformate nur instrumentell vorgebracht. Sie dienen etwa in den genannten, von mir eingehender untersuchten Fällen »alternativer Öffentlichkeit« als Behelfsstütze für eine Argumentation, die auf eine krude Abgrenzung von »denen da oben« hinausläuft.

Das geschieht einerseits indirekt, indem nämlich gleichberechtigt neben verschwörungstheoretischen Sendungen auch Formate mit ernsthaftem ökologischen Inhalt angeboten werden. Auf NuovisoTV finden sich in kurzer zeitlicher Abfolge beispielsweise die folgenden Videos: ein Vortrag des Moderators und Alternativjournalisten Peter Stein über die vermeintliche Inszenierung der Mondlandung,<sup>48</sup> ein Vortrag des AfD-nahen Bestsellerautors Thorsten Schulte über den angeblichen »Kontrollverlust« in Deutschland,<sup>49</sup> eine politische Talkshow, in der über die Sinnlosigkeit von Wahlen diskutiert wird,<sup>50</sup> ein Interview mit einem ehemaligen ZDF-Talkshowgast (es geht um die vermeintliche Symbiose von »Mainstreammedien« und Elitenpolitik),<sup>51</sup> ein Interview mit einem Vertreter der Ökodorfbewegung (Interviewer ist der eben genannte Mondlandungskeptiker Peter Stein)<sup>52</sup> sowie, im direkten Kontrast dazu, ein Vortrag über die sogenannte »Klimalüge«.<sup>53</sup> Auf dem Portal KenFM findet sich ein langes Interview mit einem Hanfbauern, dessen genossenschaftlich betriebenes Geschäft als gleichermaßen antikapitalistisch wie ökologisch nachhaltig dargestellt wird.<sup>54</sup> Außerdem widmet man sich der Kritik an der Lebensmittelindustrie und Agrarlobby, etwa in Form eines kritischen Interviews zum Thema Glyphosat.<sup>55</sup> Daneben stehen auf demselben Portal Beiträge, die mehr Meinungsfreiheit

48 Veröffentlicht am 06.01.2018, abrufbar unter <https://nuoviso.tv/home/kongresse/apollo-kubrick-beyond-robert-stein/> [16.01.2018].

49 Gehalten auf der Jahreskonferenz der sogenannten Anti-Zensur-Koalition des Schweizer Predigers Ivo Sassek, auf der auch schon die Holocaustleugnerin Sylvia Stolz auftrat, veröffentlicht am 02.08.2018, abrufbar unter <https://nuoviso.tv/allgemein/azk-2017-thorsten-schulte-gefaehrlicher-kontrollverlust/> [16.01.2018].

50 Veröffentlicht am 23.09.2017, abrufbar unter <https://nuoviso.tv/home/barcode/du-hast-die-wahl-barcode-mit-dirk-pohlmann-dirk-fleck-julia-szarvasy-und-norbert-fleischer/> [16.01.2018].

51 Veröffentlicht am 08.08.2017, abrufbar unter <https://nuoviso.tv/home/schranqtv/das-ende-des-mainstreams-alternative-medien-im-vormarsch/> [16.01.2018].

52 Veröffentlicht am 17.12.2017, abrufbar unter <https://nuoviso.tv/steinzeit/steinzeit-tv/das-neue-dorf-im-gespraech-mit-prof-dr-ralf-otterpohl/> [16.01.2017].

53 Ebenfalls gehalten auf der Tagung der Anti-Zensur-Koalition 2017, veröffentlicht am 02.01.2018, abrufbar unter <https://nuoviso.tv/allgemein/azk-2017-prof-dr-werner-kirstein-der-politogene-klimawandel/> [16.01.2017].

54 Veröffentlicht am 01.01.2018, abrufbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=WrXAgW1P8es&feature=youtu.be&t=1944> [16.01.2018].

55 Veröffentlicht am 08.12.2018, abrufbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=WrXAgW1P8es&feature=youtu.be&t=1944> [16.01.2018].

und die Öffentlichmachung der angeblichen »Wahrheit« oder angeblich »wahrer politischer Hintergründe« einfordern. Der »Lügenpresse-Vorwurf« schwingt immer mit.

Neben der impliziten Einbettung von Umweltthemen kommt es auch zu explizit hergestellten Zusammenhängen, etwa wenn der Moderator und Macher des Portals KenFM, Ken Jebsen, in der Anmoderation des genannten Glyphosat-Interviews darauf verweist, dass die »Pharmalobby« beziehungsweise »Pharmamafia« die Landwirtschaft und die Politik »fest im Griff« habe. Das mag stimmen oder nicht, wird aber im Kontext alternativer Medienformate primär vorgebracht, um die vermeintliche Abgehobenheit und Verlogenheit der politischen und medialen Elite zu belegen. Macht sich die Politik ein Umweltziel aber zu eigen, etwa die Bekämpfung des Klimawandels, so wird diese politische Agenda dann wahlweise als instrumentelle Verschleierung der wahren Machtzusammenhänge und Interessen dargestellt – oder aber der menschliche Einfluss auf den Klimawandel gleich ganz bestritten. Die Instrumentalisierung von Umwelthanliegen in alternativen Medien führt somit dazu, dass eben jene Umweltinteressen diskursiv konterkariert werden können, wenn es gerade zur anvisierten Gegenüberstellung von Elite- und Bevölkerungsinteressen passt. Die Klimaschutzpolitik oder die Förderung von Solarenergie und Elektromobilität werden als Bestandteile einer übergeordneten politischen Machtstrategie der herrschenden Klasse beschrieben. Im Ergebnis kann das skizzierte Framing von Umwelthanliegen erheblich zur Delegitimierung eben dieser Anliegen beitragen. So finden sich im Programm für den Querdenken.TV-Kongress 2016 folgende Titel nebeneinander: »Illegale Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren« (Daniele Ganser), »Islam – Gefahr für Europa. Warum die These vom Kampf der Kulturen doch richtig ist« (Jürgen Elsässer), »Geoengineering – die ›große Transformation‹ des Planeten?« (Claudia von Werlhof) sowie »Die Machenschaften der Genmafia – ein Landwirt packt aus« (Gottfried Glöckner).<sup>56</sup>

Die gestiegene Relevanz alternativer Medienformate trägt durch die darin vorgenommene rein negative Kontextualisierung von Umweltthemen dazu bei, das kollektive Handeln im Sinne von Umwelthanliegen zu erschweren. Das konnektive Dagegen belastet die Ausbildung eines konstruktiven, gruppenspezifischen Dafür. Die Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre konnten für sich identitätsstiftende Gemeinsamkeiten ausmachen.<sup>57</sup> Die gäbe es heute auch – wenn man etwa an die Bekämpfung des Klimawandels oder die ökologische Regulierung des Freihandels denkt. Es fällt jedoch schwerer, daraus positiv ankoppelbare Ideen zu machen, denn die populistische Rhetorik vom scheinbaren Gegensatz zwischen »der Politik« und »den Bürgern« droht die Formulierung einer gemeinsamen Agenda zu überlagern. Thematisieren Repräsentanten den

<sup>56</sup> Abrufbar unter <http://quer-denken.tv/3-quer-denken-tv-kongress-2016/> [16.01.2018].

<sup>57</sup> Vgl. Pettenkofer 2014.

Klimawandel oder die Notwendigkeit von Nationalparks<sup>58</sup>, schlägt das Ganze häufiger um. Für »Keyboardwarrior«<sup>59</sup> wird dann gerade der Umweltschutz zu einer Chiffre für die vermeintlich gefälschte Wahrheit der Mächtigen. Donald Trump ist ein Star im Netz, insbesondere bei alternativen Medienformaten und im neurechten Spektrum. Die Klimaschutzpolitik seines Vorgängers torpediert er heftig. Sie steht bei Trump und seinen Anhängern für die Abgehobenheit Washingtons. In die geschützten Räume von Nationalparks versucht Trump ebenfalls einzudringen.

Kurzum: Der Populismus von Alternativmedien ist die erste und (langfristig gesehen) vielleicht wichtigste neue Randbedingung digitaler Öffentlichkeit. Es besteht die Gefahr, dass sich diese Konstellation auf die Repräsentation von Umweltinteressen negativ auswirkt. Wenngleich, wie oben skizziert, weiterhin »Mainstream«-Formate einen vergleichsweise größeren Einfluss auf die politische Öffentlichkeit haben, ist es eine Zukunftsherausforderung, Umweltinteressen weder als a priori undurchsetzbar, noch als vorgeschobenes Elitenanliegen einer angeblich entrückten politischen Klasse erscheinen zu lassen, sondern in den positiven Kontext einer allgemeinen gesellschaftlichen Interessenlage zu stellen.

Ein zweiter Effekt, der sich auf Umweltinteressen negativ auswirken kann, wird durch die digitale Öffentlichkeit verstärkt. Man bezeichnet ihn als NIMBY-Phänomen: »not in my backyard«. Belastungen, die mit der Durchsetzung von Umwelthanliegen einhergehen, sollen möglichst andere Bürger und Bürgerinnen tragen. Aktuelles Paradebeispiel ist der Ausbau von Stromtrassen.<sup>60</sup> Der trifft, obwohl die Energiewende im Nachklang der Fukushima-Katastrophe eine gesellschaftliche Mehrheit hatte, auf erheblichen lokalen Widerstand.

Eine Erscheinungsform digitaler Öffentlichkeit ist dafür mitverantwortlich: Private Petitionsplattformen im Netz, die in Konkurrenz zu den teilweise digitalisierten Petitionsverfahren der Parlamente stehen, boomen.<sup>61</sup> Sie spielen eine große Rolle bei der Mobilisierung für Bürgerbegehren. In diesen direktdemokratischen Entscheidungen auf lokaler Ebene geht es dann auch um Belastungen, die mit dem Umwelt- und Naturschutz einhergehen können. Ob Wölfe oder vermeintliche Einschränkungen durch Nationalparks dämonisiert werden, stets bieten sich Ressourcen, um das Dagegen-Phänomen gegen den Umwelt- und Naturschutz auszuspielen. So scheiterte etwa die Ausweisung eines »Bürger-nationalparks« Siebengebirge an einem Bürgerentscheid in Bad Honnef.<sup>62</sup> Da Bürgerbegehren und Bürgerentscheide mittlerweile in allen Bundesländern eingeführt wurden, die dafür notwendigen Quoren sukzessive eher gesenkt werden und die Anzahl der

58 Dazu Frohn et al. 2016.

59 Linden 2015c.

60 Vgl. hierzu den Beitrag von Marg in diesem Band.

61 Dazu Wissenschaftliche Dienste 2015.

62 Vgl. Mende 2016.

Verfahren tendenziell zunimmt,<sup>63</sup> bieten sich nunmehr vergleichsweise bessere Möglichkeiten, um vermeintlichen Belastungen durch Umweltvorhaben entgegenzutreten. Weil Umweltinteressen durch Massenpetitionen aber nicht nur konterkariert, sondern mitunter auch eingefordert werden, und teilweise auch strittig ist, ob eine konkrete Forderung oder Ablehnungshaltung Umweltinteressen entspricht oder nicht, ist gerade in diesem bislang wenig untersuchten Bereich digitaler Öffentlichkeit weitere Forschung nötig.

Schließlich ist noch ein dritter Aspekt zu nennen, der Risiken für die Vermittlung von Umweltanliegen birgt: die Professionalisierung, Privatisierung und Ökonomisierung der Kampagnenarbeit im digitalen Zeitalter. Bennett und Segerberg verweisen wie gesehen darauf, dass erfolgreiches konnektives Handeln eine gute Organisation braucht. In Deutschland steht dafür etwa die Organisation »Campact«, eine Plattform, der eine eigene Petitionsplattform gehört ([www.weact.campact.de](http://www.weact.campact.de)) und die an einer weiteren wichtigen privaten Petitionsplattform ([www.openpetition.de](http://www.openpetition.de)) hohe Anteile hält. Die Kampagnenplattform beziehungsweise -organisation »Campact« generierte im Jahr 2016 Einnahmen in Höhe von 8,9 Millionen Euro (Spenden und Förderbeiträge) und gab im selben Jahr 8,8 Millionen Euro für ihre Kampagnen aus.<sup>64</sup> Das Unternehmen wächst stetig. Im Jahr 2012 betragen die Einnahmen noch zwei Millionen Euro.<sup>65</sup> Campact hatte 2016 im Jahresdurchschnitt 47 fest angestellte Mitarbeiter.<sup>66</sup>

Campact steht für die Professionalisierung der Vermittlung von Umweltanliegen. Politische Lobbyarbeit, die Mobilisierung per Mailingliste und die Platzierung von Petitionen werden strukturiert aufeinander abgestimmt. Als Kampagnenplattform ist man aber auch marktförmig ausgerichtet. Es werden Pretests durchgeführt und vor allem erfolgversprechende Kampagnen gefahren – diese dann aber vornehmlich auf eigenen Plattformen und nicht auf den durchaus einflussreichen Systemen der Parlamente. Diese Marktförmigkeit neuer Akteure im Bereich der Umweltpolitik birgt Risiken. Die Orientierung am eigenen Erfolg kann die eigenen politischen Ziele überlagern, während bei den Neuen Sozialen Bewegungen noch eindeutig von einer Dominanz der Ziele ausgegangen werden konnte. Was, wenn ein öffentlichkeitswirksames, das Unternehmen näherndes Thema wegfällt? Was, wenn parlamentarische Wege eher zum politischen Ziel führen als die selbst aufgesetzten, von eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragenen Strukturen? Auch in diesem Bereich ist weitere Forschung nötig, um die offenen Wandlungsprozesse besser einordnen zu können.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: In der digitalen Öffentlichkeit gerät der Umwelt- und Naturschutz unter Druck. Krude Ablehnungshaltungen in der Bevölkerung, mit hervorgerufen durch »alternative« Medienformate, das NIMBY-Phänomen und die

63 Vgl. Mehr Demokratie e. V. 2016

64 Vgl. Campact 2016: 41, 45.

65 Vgl. Campact 2016: 42

66 Äquivalent zu 41 Vollzeitstellen, vgl. Campact 2016: 64.

Eigeninteressen von unternehmerischen Kampagnenträgern können umweltpolitische Zielsetzungen konterkarieren.

Wie lässt sich diese Situation trotzdem positiv gestalten? Hier hat die digitale Demokratie meines Erachtens sogar Potenzial, und zwar vor allem dann, wenn die »partizipatorischen« beziehungsweise »demokratischen Innovationen«<sup>67</sup> an parlamentarische Institutionen angebunden werden. Mit dem sukzessiven Ausbau des parlamentarischen Petitionswesens, hin zur digitalen Massenpetition mit Anhörungsrecht,<sup>68</sup> bieten der Deutsche Bundestag und einige Landtage Möglichkeiten, Umweltinteressen aktiv auf die parlamentarische Agenda zu setzen.

Natürlich könnte man auch auf den lobbyistischen Kontakt zu Spitzenpolitikern setzen. Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten waren schließlich entscheidend an der Einrichtung von Nationalparks in Deutschland beteiligt. Diese Elitenfixierung kann aber auch nach hinten losgehen. Donald Trumps »Umweltpolitik« ist hierfür das beste Beispiel. Im Parlamentarismus ist es hingegen so, dass die Parteidifferenzen beim Umweltschutz oftmals quer zur Links-Rechts-Achse liegen.<sup>69</sup> Es ist also möglich, etwa mit öffentlichen Parlamentspetitionen und Anhörungsstellungen, Unterstützung über die Parteien hinweg zu generieren. Auch die Moderation durch den Parlamentarismus kann Umweltinteressen zugutekommen.

Insofern muss man kritisch hinterfragen, warum Kampagnenplattformen sich ihre eigenen Verfahrenswege schaffen und gleichzeitig die Möglichkeiten des Parlaments- und Parteiwesens ignorieren. Auch vom Parlament aus formalisierte Beteiligungsprozesse sollten jedoch genauer betrachtet werden. Beim aktuellen Verfahren zur Endlagersuche wurden beispielsweise »zufällig« Bürger ausgewählt, die in einem »Nationalen Begleitgremium« beratend tätig sind. Es handelt sich um eine Unternehmerin, eine Jurastudentin und einen Professor für Industrial Ecology.<sup>70</sup> Ein derart aufgestellter Bürgerrat trägt tendenziell nicht dazu bei, dem Eindruck vom Eliteprojekt »Umwelt« entgegenzutreten.

## Literatur

**ALLBUS** (1980–2012): Allgemeine Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften. Variable Report 1980–2012, Studien-Nr. 4578, hrsg. v. GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln 2014.

**Aristoteles** (1998): Politik, übers. u. hrsg. v. Olaf Gigon, 8. Aufl., Zürich/München.

**Barber, Benmanin R.** (1984): Strong Democracy, Participatory Politics for a New Age. Berkeley.

67 Dazu Smith 2009; Michels 2011; Geissel & Newton 2012; Geißel & Joas 2013.

68 Vgl. Riehm et al. 2013; Escher & Riehm 2017.

69 Vgl. Töller 2017.

70 Vgl. Fröhlingsdorf 2017.



- Barber, Benjamin R.** (2002): Die ambivalenten Auswirkungen digitaler Technologie auf die Demokratie in einer sich globalisierenden Welt. – In: Heinrich Böll-Stiftung (Hrsg.): Gut zu Wissen. Links zur Wissensgesellschaft. Münster: 79–96.
- Bennett, W. Lance & Segerberg, Alexandra** (2012): The logic of connective action. – In: *Information, Communication & Society* 15 (5): 739–768.
- Blühdorn, Ingolfur** (2013): Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Frankfurt a. M.
- Castells, Manuel** (2007): Communication, Power and Counter-power in the Network Society. – In: *International Journal of Communication* 1: 238–266.
- Campact** (2016): Transparenzbericht 2016. So wirkt das politische Engagement der Campact-Aktivisten. Verden.
- Crouch, Colin** (2008): Postdemokratie. Frankfurt a. M. (zuerst 2003).
- Crouch, Colin** (2009): »Ein schizophrener Moment«. Interview mit Colin Crouch. – In: *die tageszeitung*, 14.02.2009: 12.
- Dolata, Ulrich & Schrape, Jan-Felix** (2014): Kollektives Handeln im Internet. Eine akteurtheoretische Fundierung. – In: *Berliner Journal für Soziologie* 24 (1): 5–30.
- Deutscher Bundestag** (2010): Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft. Protokoll Nr. 17/4 (Kurzprotokoll der 4. Sitzung, Öffentliche Anhörung zum Thema »Auswirkungen der Digitalisierung auf unsere Gesellschaft – Bestandsaufnahme, Zukunftsaussichten«. Berlin (5. Juli 2010).
- DIVSI (Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet)** (2014): Beteiligung im Internet. Hamburg (Autoren: Miriam Meckel, Christian P. Hoffmann, Christoph Lutz & Robin Poell).
- Eimeren, Birgit van & Frees, Beate** (2014): Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2014. 79 Prozent der Deutschen online – Zuwachs bei mobiler Internetnutzung und Bewegtbild. – In: *Media Perspektiven*, 7–8: 378–396.
- Escher, Tobias & Riehm, Ulrich** (2017): Petitioning the German Bundestag: Political Equality and the Role of the Internet. – In: *Parliamentary Affairs* 70 (1): 132–154.
- Fraenkel, Ernst** (1991): Deutschland und die westlichen Demokratien, erweiterte Ausgabe, hrsg. v. Alexander v. Brünneck. Frankfurt a. M.
- Fröhlingsdorf, Michael** (2017): Zurück auf Los. – In: *Der Spiegel* H. 25/2017 (17.06.2017): 44–46.
- Frohn, Hans-Werner; Küster, Hansjörg & Ziemek, Hans-Peter** (Hrsg.) (2016): Ausweisungen von Nationalparks in Deutschland – Akzeptanz und Widerstand. Bonn.
- Geißel, Brigitte & Joas, Marko** (Hrsg.) (2013): Participatory Democratic Innovations in Europe. Improving the Quality of Democracy?, Opladen/Berlin/Toronto.
- Geissel, Brigitte & Newton, Kenneth** (Hrsg.) (2012): Evaluating Democratic Innovations. Curing the Democratic Malaise? London/New York.
- Habermas, Jürgen** (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990. Frankfurt a. M. 1990.
- Habermas, Jürgen** (1981a): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationality und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen** (1981b): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen** (1994): Faktizität und Geltung, 4. Aufl.. Frankfurt a. M. (zuerst 1992).
- Habermas, Jürgen** (2008): Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie. – In: Ders.: Philosophische Texte. Bd. 4: Politische Theorie. Frankfurt a. M.: 87–139.
- Hölig, Sascha & Hasebrink, Uwe** (2014): International vergleichende Befunde auf Basis des Reuters Institute Digital News Survey 2014. Nachrichtennutzung im Wandel: Neue Plattformen, Endgeräte und Zugänge. – In: *Media Perspektiven* 11: 530–538.

- Infratest Dimap** (2014): Vertrauen in die Medienberichterstattung über den Ukraine-Konflikt. Im Auftrag des Medienmagazins Zapp. Dezember 2014.
- Köcher, Renate & Bruttel, Oliver** (2011): 1. Infosys-Studie. Social Media, IT & Society 2011. Frankfurt a. M.
- Krauch, Helmut** (1972): Computerdemokratie. Düsseldorf.
- Linden, Markus** (2014): »Alles Lüge! Verschwörungstheorie als Neue Soziale Bewegung«. – In: The European (online), 11.11.2014, abrufbar unter <http://www.theeuropean.de/markus-linden/9220-verschwörungstheorie-als-neue-soziale-bewegung> [15.01.2018].
- Linden, Markus** (2015a): »Im Netz der Wutbürger und Verschwörungstheoretiker«. – In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 03.02.2015: 13.
- Linden, Markus** (2015b): Die Stimmen des digitalen Untergrunds. – In: Neue Zürcher Zeitung 10.10.2015: 11 (ebenfalls in: NZZ – Internationale Ausgabe 13.10.2015).
- Linden, Markus** (2015c): Krieger an der Tatstatur. – Süddeutsche Zeitung 07./08.11.2015: 5.
- Linden, Markus & Thaa, Winfried** (Hrsg.) (2011): Krise und Reform politischer Repräsentation. Baden-Baden.
- Mende, Alexandra** (2016): Der gescheiterte »Bürgernationalpark« Siebengebirge. – In: Frohn, Hans-Werner; Küster, Hansjörg & Ziemek, Hans-Peter (Hrsg.): Ausweisungen von Nationalparks in Deutschland – Akzeptanz und Widerstand. Bonn: 281–320.
- Michels, Ank** (2011): Innovations in Democratic Governance: How Does Citizen Participation Contribute to a Better Democracy? – In: International Review of Administrative Sciences 77 (2): 275–293.
- Mudde, Cas** (2004): The Populist Zeitgeist – In: Government and Opposition 39 (4) 541–563.
- Olson, Mancur** (1968): Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. Tübingen (zuerst 1965).
- Mehr Demokratie e. V.** (2016): Bürgerbegehrensbericht 2016, Berlin.
- Pettenkofer, Andreas** (2014): Die Entstehung der grünen Politik. Kultursoziologie der westdeutschen Umweltbewegung. Frankfurt a. M.
- Platon** (1958): Politeia (der Staat), in der Übersetzung von Friedrich Schleiermacher. Sämtliche Werke, Bd. III, hrsg. v. E. Grani u. G. Plänböck. Hamburg.
- Rausser, Tobias** (2012): Der Bürger dreht am Tacho. – In: Verkehrsrundschau 33-34/2012: 46 f.
- Riehm, Ulrich; Böhle, Knud & Lindner, Ralf** (2013): Elektronische Petitionssysteme. Analysen zur Modernisierung des parlamentarischen Petitionswesens in Deutschland und Europa, Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag. Berlin.
- Ritter, Moritz** (2017): Referat auf dem Symposium »Digitalisierung und Demokratie« im österreichischen Parlament, 04.10.2017, Stenographisches Protokoll, abrufbar unter [https://www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/20171004\\_BR-Symposium\\_Digitalisierung\\_und\\_Demokratie.pdf](https://www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/20171004_BR-Symposium_Digitalisierung_und_Demokratie.pdf): 36-38 [09.01.2018].
- Rosanvallon, Pierre** (2017): Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens. Hamburg (zuerst 2006).
- Rousseau, Jean-Jacques** (1762): Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts. Neu übersetzt und hrsg. von Hans Brockard. Stuttgart 1986.
- de Saint Victor, Jacques** (2015): Die Antipolitischen. Hamburg.
- Schütte, Heino** (2016): Trauer in Schwäbisch Gmünd. Wie die Stadt zum Bud-Spencer-Bad kam. – In: Stuttgarter Zeitung 28.06.2016, abrufbar unter <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.trauer-in-schwaebisch-gmuend-wie-die-stadt-zum-bud-spencer-bad-kam.6ac56a50-6197-4966-8045-6556dcdc6a1f.html> [12.01.2018].
- Smith, Graham** (2009): Democratic Innovations. Designing Institutions for Citizen Participation. Cambridge.
- Storz, Wolfgang** (2015): »Querfront« – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks. OBS-Arbeitspapier (Otto Brenner Stiftung) 18. Frankfurt a. M.
- Sunstein, Cass R.** (2007): Republic.com 2.0, Princeton/Oxford.
- Sunstein, Cass R.** (2014): Conspiracy Theories and Other Dangerous Ideas. New York.
- Tocqueville, Alexis de** (1835/1840): Über die Demokratie in Amerika. Beide Teile in einem Band. München 1976.

- Töller, Annette Elisabeth** (2017): Verkehrte Welt? Parteien(in)differenz in der Umweltpolitik am Beispiel der Regulierung des Frackings. – In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27 (2): 131–160.
- Tramitz, Christiane** (2014): Nicht ohne mein Netz. – In: Der Tagesspiegel 07.06.2014: 27.
- Urbinati, Nadia** (2015): A Revolt against Intermediary Bodies. – In: Constellations 22 (4): 477–486.
- Wissenschaftliche Dienste** (2015): Ausarbeitung WD 3 - 3000 - 219/15 . Parlamentarische und außerparlamentarische Online-Petitionsportale im Vergleich. Berlin.
- de Zúñiga, Homero Gi; Veenstra, Aaron; Vraga, Emily & Shah, Dhavan** (2010): Digital Democracy: Reimagining Pathways to Political Participation. – In: Journal of Information Technology & Politics 7 (1): 36–51.